



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

Bundesregierung schadet mit Plastiksteuer Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft - Verbände fordern sinnvolle Alternative

- Bericht des Umweltbundesamtes bestätigt hohes Risiko einer massiven ökologischen Fehlentwicklung durch Plastiksteuer
- Negative Folgen für Investitionen in Kreislaufwirtschaft und Arbeitsplätze

Berlin/Frankfurt/Bad Homburg, 4. Januar 2024 – Fünf Verbände der Wertschöpfungskette Kunststoffverpackungen rufen die Bundesregierung dazu auf, die angekündigte Umlage der sogenannten EU-Plastikabgabe auf deutsche Unternehmen zur Deckung des Haushaltslochs zurückzuziehen, um weiteren Schaden für die Kreislaufwirtschaft, den Klimaschutz und Industriearbeitsplätze abzuwenden. Die Ankündigung ist ein herber Rückschlag für alle Unternehmen, die sich als Kunststoffhersteller, Verpackungshersteller, Händler, Inverkehrbringer und Kunststoff-Recycler erfolgreich auf den Weg in eine funktionierende Kreislaufwirtschaft für Kunststoffverpackungen gemacht haben. Die Verbände betonen, dass die Wahrscheinlichkeit einer ökologischen Fehlentwicklung durch eine Plastiksteuer hoch sei, und verweisen dazu auf ein aktuelles [Projekt des Umweltbundesamtes](#). Ökologisch sinnvoll wäre es dagegen, stärkere finanzielle Anreize für hochgradig recyclingfähige Verpackungen zu setzen.

„Auch drei Wochen nach der Ankündigung ist immer noch völlig unklar, wer wofür wieviel bezahlen soll. Die Bundesregierung sollte einsehen, dass angesichts des dichten Regelungsgeflechts für Verpackungen in Deutschland kein Platz ist für eine populistische Plastiksteuer“, erklärt Dr. Martin Engelmann, Hauptgeschäftsführer der IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e.V. Bereits die Ankündigung habe bei den Unternehmen der gesamten Wertschöpfungskette zu einer erheblichen Verunsicherung geführt, „Investitionsentscheidungen wurden gestoppt und stattdessen die Planungen für eine Verlagerung der Produktion ins Ausland beschleunigt.“

Presse-Kontakt:

Mara Hancker

[IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.](#)

Bundesverband für
Kunststoffverpackungen und Folien

Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg v. d. H.

Tel. (0 61 72) 92 66-66

m.hancker@
kunststoffverpackungen.de



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

In dem Aufruf weisen die Verbände darauf hin, dass eine „Umlage“ der sogenannten EU-Plastikabgabe weder erforderlich noch sinnvoll sei. Es bestehe kein Grund, warum Unternehmen der Wertschöpfungskette Kunststoffverpackungen für die Folgen des Brexit im EU-Haushalt und der verfassungswidrigen Haushaltsführung der Bundesregierung haften sollen. Außerdem sei eine Plastiksteuer auch sozial ungerecht, weil sie zu einer Verteuerung der Produktpreise führen und damit anteilig vor allem die unteren Einkommensschichten belastet würden, die im Vergleich einen weitaus höheren Anteil ihres Einkommens für Konsumprodukte, z.B. verpackte Lebensmittel, ausgeben.

Der Verbändeaufruf ist auch online abrufbar:

www.newsroom.kunststoffverpackungen.de/plastiksteuer

e. V. vertritt als Branchenverband die Interessen der Hersteller von Kunststoffverpackungen und Folien in Deutschland und Europa. Die mittelständisch geprägte Branche hat über 90.000 Beschäftigte und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von über 18 Mrd. Euro. Kunststoffverpackungen haben aktuell einen Anteil von 45 Prozent am deutschen Verpackungsmarkt. Die IK ist der größte Trägerverband des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) und engagiert sich damit auch für die Belange der gesamten Kunststoff verarbeitenden Industrie.

Presse-Kontakt:

Mara Hancker

IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

Bundesverband für
Kunststoffverpackungen und Folien

Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg v.d.H.

Tel. (0 61 72) 92 66-66

m.hancker@
kunststoffverpackungen.de